



**MEHR
ERFAHREN**

ABITUR-TRAINING

Geschichte 2

STARK



**MEHR
ERFAHREN**

ABITUR-TRAINING

Geschichte 1

STARK

Inhalt

Vorwort

Industrielle Revolution und Soziale Frage	1
1 Die Entstehung der Industriegesellschaft	3
1.1 Das alte System: Grundherrschaft und Gutsherrschaft	3
1.2 Das Bevölkerungswachstum als dynamisches Element	4
1.3 Die Umwandlung der Agrargesellschaft	5
1.4 Gesellschaftsgruppen	7
2 Politische, wirtschaftliche und technologische Strukturen der Industrialisierung	9
2.1 Politische Impulse	9
2.2 Die Entstehung eines modernen Kapitalmarkts	10
2.3 Wichtige technische Innovationen	10
3 Ansätze zur Lösung der Sozialen Frage	14
3.1 Unternehmerische Ansätze	15
3.2 Christliche und kirchliche Reformansätze	17
3.3 Die Theorie des Marxismus	19
Nationalstaatsgedanke und Nationalismus	27
1 Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts	28
1.1 Das „lange 19. Jahrhundert“ als Weg in die Moderne	28
1.2 Veränderungen infolge der Französischen Revolution und der napoleonischen Kriege	30
1.3 Die Befreiungskriege 1813/14	31
1.4 Wiener Kongress und Restauration	32
1.5 Vormärz	35
2 Die Revolution in Deutschland von 1848/49	39
2.1 Vorrevolutionäre Entwicklung: Offenburg und Heppenheim	40
2.2 Die „Märzereignisse“	41
2.3 Die Verfassungsgebende Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche	43
2.4 Grundzüge des Verfassungsentwurfes von 1849	44
2.5 Probleme und Scheitern der Nationalversammlung	46

Das Kaiserreich	53
1 Der Weg zur Reichsgründung (1848–1871)	56
1.1 Das Wiedererstarken der monarchischen Herrschaft nach 1849	57
1.2 Der preußisch-österreichische Dualismus und die Einigungskriege (1864–1870)	61
2 Die Reichsverfassung von 1871	66
3 Bismarcks Innenpolitik	69
3.1 Der Kulturkampf gegen den politischen Katholizismus	70
3.2 Die konservative Wende Bismarcks nach 1878	72
3.3 Der neue „Staatsfeind“: Die Sozialdemokratie	72
3.4 Bismarcks Sozialgesetzgebung	74
4 Die Innenpolitik Wilhelms II. (1888–1918)	76
4.1 Das persönliche Regiment Wilhelms II.	76
4.2 Militarismus und Sozialimperialismus	76
4.3 Die Entwicklung von Parteien, Verbänden, Vereinen und Gewerkschaften	77
5 Die Außenpolitik des Deutschen Reiches (1871–1914)	79
5.1 Die Ausgangssituation	80
5.2 Die Außenpolitik Bismarcks	81
5.3 Die Außenpolitik unter Wilhelm II. (1890–1914)	85
5.4 Internationale Krisen	88
5.5 Die Situation in Europa vor dem Ersten Weltkrieg	90
Imperialismus	95
1 Motive und Ziele imperialistischer Politik	96
1.1 Imperialistische Herrschaftsformen	96
1.2 Imperialismus-Theorien	97
2 Die Großmächte im Zeitalter des Imperialismus	99
2.1 Großbritannien	100
2.2 Frankreich	103
2.3 Das Deutsche Reich	104
2.4 Russland	105
2.5 Österreich-Ungarn	107
2.6 Japan	108
2.7 USA	109
3 Die Auswirkungen des Imperialismus auf China und das Osmanische Reich	111
3.1 China	111
3.2 Das Osmanische Reich (Türkei)	114

Der Erste Weltkrieg	119
1 Die Julikrise 1914	121
2 Kriegsverlauf	123
2.1 Die Ausgangslage	124
2.2 Scheitern des Schlieffen-Plans, Stellungskrieg und „Materialschlachten“ im Westen	124
2.3 „Abnutzungsschlachten“ 1916/1917 (Verdun, Somme)	127
2.4 Britische Seeblockade und deutscher U-Bootkrieg	127
2.5 Die Entwicklung im Osten	128
2.6 Der Kriegseintritt Italiens und die Entwicklung auf dem Balkan	128
2.7 Die Kriegsentscheidung im Westen 1918	129
3 Innenpolitik	130
3.1 Die Spaltung der SPD	132
3.2 Verspätete Reformen	132
3.3 Der totale Krieg: Wirtschaft und Alltagsleben	133
Die Weimarer Republik	137
1 Bestimmende politische und gesellschaftliche Strukturen	139
1.1 Die Klassengesellschaft	139
1.2 Die Modernisierungskrise	140
2 Die Revolution von 1918	141
2.1 „Oktoberverfassung“: verspätete Parlamentarisierung des Reichs	142
2.2 Die Revolution der Soldaten und Arbeiter	142
2.3 Der Weg zur Nationalversammlung	144
2.4 Demokratische Alternativen in der revolutionären Anfangsphase? ...	145
3 Die Weimarer Reichsverfassung von 1919	146
3.1 Zentralismus und Föderalismus	147
3.2 Wahlsystem und plebiszitäre Elemente	148
3.3 Der Reichspräsident	149
3.4 Die Reichsregierung	150
3.5 Grundrechte und Grundpflichten	150
3.6 Die Parteien in der Nationalversammlung 1919	152
4 Der Vertrag von Versailles mit Deutschland 1919	154
4.1 Die Interessen der wichtigsten Siegermächte	154
4.2 Kernpunkte des Vertrags	155
4.3 Folgen des Versailler Vertrags	157

5	Die Außenpolitik der Weimarer Republik	159
5.1	Der Vertrag von Rapallo 1922	160
5.2	Die Locarno-Verträge 1925	160
5.3	Der Berliner Vertrag 1926	161
5.4	Der Eintritt in den Völkerbund 1926	161
5.5	Die Entwicklung der Reparationsfrage	162
6	Rechte und linke Bedrohung der Republik	163
6.1	Kapp-Lüttwitz-Putsch und Ruhraufstand 1920	164
6.2	Das Krisenjahr 1923	165
6.3	Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten 1925 als Wendepunkt der Weimarer Republik	168
7	Die Weltwirtschaftskrise von 1929 und ihre Folgen	170
7.1	Der Zusammenbruch der Weltwirtschaft	170
7.2	Die innenpolitischen Folgen	171
7.3	Scheitern der Republik in den Präsidialkabinetten 1930–1933	174
8	Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik	179
Die nationalsozialistische Diktatur		187
1	Die „Machtergreifung“	190
1.1	Koalitionsregierung der „Nationalen Erhebung“	190
1.2	Die Zerschlagung des Rechtsstaates („Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat“, 28. 2. 1933)	191
1.3	Die „nationale Revolution“ nach den Reichstagswahlen (5. 3. 1933)	192
1.4	Die Selbstausschaltung des Reichstags im „Ermächtigungsgesetz“ (23. 3. 1933)	192
2	Die „Gleichschaltung“ von Politik, Verwaltung und Reichswehr	194
2.1	Die Säuberung des Beamtenapparates und der Universitäten	194
2.2	Die Selbstunterwerfung der Justiz	195
2.3	Die Beseitigung des Föderalismus	195
2.4	Das Verbot der Parteien	196
2.5	Ausschalten innerparteilicher und konservativer Rivalen („Röhm-Putsch“)	196
2.6	Die Unterordnung der Reichswehr	198
2.7	Die Festigung der Macht	198
3	Die Gleichschaltung der Gesellschaft	200
3.1	Die Kontrolle des Kultursystems	200
3.2	Die Einflussnahme auf die christlichen Kirchen	201

4	Die Grundzüge der NS-Ideologie	202
4.1	Rassismus als pseudo-wissenschaftliche Grundlage	203
4.2	Antisemitismus als ideologischer Kern	204
4.3	Lebensraumpolitik als außenpolitische Forderung	204
4.4	Hitlers „Nationaler Sozialismus“	205
4.5	Radikaler Bruch mit den Werten der Aufklärung	205
4.6	Das „Dritte Reich“ als mythischer Bezugspunkt des Nationalsozialismus	206
4.7	Das Führerprinzip	207
5	Die Herrschaftsinstrumente des NS-Regimes	208
5.1	Der Führermythos	208
5.2	Die Verschränkung von Partei und Staat im „Führerstaat“	209
5.3	Die nationalsozialistische Durchdringung der Gesellschaft	212
5.4	Propaganda	214
5.5	Kulturelle „Verführung“ (NS-Kulturpolitik)	215
5.6	Politische Unterdrückung	216
5.7	Der SS-Staat	220
5.8	Wertekonsens zwischen Konservativen und Nationalsozialisten	219
5.9	Die Korruption großer Bevölkerungsgruppen	220
6	Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik	222
6.1	Das NS-„Wirtschaftswunder“	223
6.2	Die Rolle der Wirtschaft im NS-System	224
6.3	Die Zerschlagung der Gewerkschaften	224
6.4	Die Eingliederung in die staatliche Kommandowirtschaft	225
6.5	Die Verstrickung der Wirtschaft in den Eroberungskrieg	226
7	Die nationalsozialistische Außenpolitik	227
7.1	Hitlers außenpolitische Vorstellung	228
7.2	Die Kontinuität der Revisions- und Großmachtpolitik	229
7.3	Hitlers Doppelstrategie	230
7.4	Die Isolation Deutschlands	230
7.5	Das Durchbrechen der Isolation	232
7.6	Aggressive Revisionspolitik	233
7.7	Die Vorbereitung des Kriegs gegen Polen	235
8	Der Zweite Weltkrieg	239
8.1	Der Kriegsverlauf	241
8.2	Der Vernichtungskrieg	245
8.3	Der „totale Krieg“	246
8.4	Der Bombenkrieg	247
8.5	Bevölkerungspolitik, Flucht und Vertreibung	248
8.6	Besatzungspolitik und Widerstand	249

9	Deutscher Widerstand gegen den Nationalsozialismus	250
9.1	Bedingungen und Ausmaß des Widerstands	251
9.2	Arbeiterwiderstand	252
9.3	Selbstbehauptung und Opposition in den Kirchen	254
9.4	Widerstand in den gesellschaftlichen Eliten	256
9.5	Jugendopposition	259
9.6	Studentischer Widerstand (Die „Weiße Rose“)	261
9.7	Widerstand verschiedener Gruppen und Einzelner	261
10	NS-Rassenpolitik und Holocaust	264
10.1	Die Bedeutung des Holocausts	264
10.2	Die NS-Rassenpolitik bis Kriegsbeginn	266
10.3	Der Verlauf des Holocausts	270
10.4	Erklärungen für den Holocaust	276
10.5	Tätergruppen und ihre Motive	278
10.6	Juristische Aufarbeitung des Holocausts	280
	Lösungen	287
	Stichwortverzeichnis	327
	Bildnachweis	336

Autoren: Dr. Johannes Werner, Christine Eckl

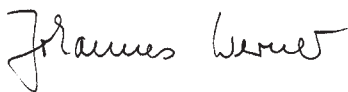
Vorwort

Liebe Schülerinnen und Schüler,

der vorliegende Band Geschichte 1 ermöglicht Ihnen eine gezielte und effektive Vorbereitung auf alle Prüfungen im Fach Geschichte. Hierzu werden die wichtigsten prüfungsrelevanten Themen übersichtlich und prägnant dargestellt. Es wird immer mehr von Ihnen verlangt, sich selbstständig und eigenverantwortlich auf den Unterricht sowie auf bevorstehende Klausuren und das Abitur vorzubereiten. Dabei hilft Ihnen dieses Buch.

- Die Kapitel enthalten das in der Abiturprüfung vorausgesetzte **Basiswissen an Fakten** in zusammenhängender und strukturierter Form. Einstiegsbilder zu jedem Kapitel ermöglichen eine inhaltliche Annäherung vor der ersten Lektüre und erleichtern den Einstieg.
- Die darstellenden Textpassagen sind klar strukturiert und übersichtlich gegliedert. Zusammenfassende Bewertungen auf dem neuesten Stand der fachwissenschaftlichen Forschung leiten das jeweilige Thema und sollen dem Bearbeiter eine grundlegende Orientierung ermöglichen.
- **Zeittafeln** und ein **Stichwortverzeichnis** ermöglichen Ihnen einen schnellen Überblick und den sicheren Zugriff auf relevante Informationen.
- Zusammenfassende **Schaubilder** erleichtern das Lernen und bieten Ansätze für eigene **Präsentationen** von geschichtlichen Zusammenhängen.
- Mit den vielfältigen **Übungsaufgaben** am Ende jedes Kapitels und **materialgestützten Aufgaben im Stil des Abiturs**, die als Basis alle in den Prüfungen verwendeten Quellenarten von Texten über Karikaturen bis hin zu Fotografien enthalten, können Sie das Gelernte selbstständig anwenden.
- Der umfassende **Lösungsteil** am Ende des Bandes gibt Ihnen schließlich die Möglichkeit, Ihren Wissensstand schnell und einfach zu überprüfen. Die wichtigsten Bewertungen, Zusammenhänge und Fakten werden dort noch einmal zusammenfassend aufbereitet.

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei der Arbeit mit diesem Buch!



Dr. Johannes Werner

„**Lückentheorie**“: Ein Fall wie der Konflikt um die Heeresreform zwischen Monarch und Parlament sei in der Verfassung nicht vorgesehen, deswegen dürfe der König als Verfassungsgeber ohne Zustimmung des Landtags die erforderlichen Gelder erheben. Die Landtagsmehrheit lehnte Bismarcks Vorgehen ab und blockierte das politische System Preußens.

Das Verhalten Bismarcks in der Verfassungsfrage markierte einen Grundsatz seiner Politik: den Vorrang des mithilfe der Macht Durchsetzbaren gegenüber verfassungsrechtlichen Erwägungen, als „**Realpolitik**“ bezeichnet.

Im Innern war Bismarcks Strategie schließlich erfolgreich: Der preußische Landtag nahm nach dem gewonnenen Krieg von 1866 eine „**Indemnitätsvorlage**“ an, in der Bismarck das Budgetrecht des Landtags bestätigte, dafür aber für seinen Verfassungsbruch gleichfalls amnestiert wurde, indem der Landtag die Heeresreform nachträglich billigte. Die Annahme der Vorlage führte zur Spaltung der Liberalen in eine bismarckfreundliche „nationalliberale“ und eine oppositionelle „fortschrittliche“ Partei.

1.2 Der preußisch-österreichische Dualismus und die Einigungskriege (1864–1870)

Wiedererrichtung des Deutschen Bundes

Nachdem der preußische König 1849 die Kaiserkrone abgelehnt hatte, zog Österreich seine Abgeordneten aus der Paulskirche zurück. Andere Regierungen folgten, bis nur noch ein **Rumpfparlament** unter dem Einfluss der demokratischen Linken übrig blieb. Diese riefen zum Aufstand auf und verlegten das Parlament nach Stuttgart, wo es im Sommer 1849 durch württembergisches Militär gewaltsam aufgelöst wurde. Erhebungen von Radikalen in Sachsen, Baden und in der Pfalz blieben erfolglos. Damit war der Versuch, den nationalen und liberalen deutschen Gesamtstaat aus der Kraft des Volkes zu schaffen, fehlgeschlagen.

Es scheiterte in der Folge auch ein preußischer Plan zu einem Staatenbund mit dem Namen „Deutsche Union“. Als **Exekutive** war ein **Fürstenrat** unter dem erblichen Vorsitz Preußens vorgesehen, als **Legislative** ein **Bundesparlament** mit zwei Kammern, wobei das „**Staatenhaus**“ von den Regierungen der Einzelstaaten beschickt und das „**Volkshaus**“ nach dem Dreiklassenwahlrecht von der Bevölkerung der Einzelstaaten gewählt werden sollte. Die Deutsche Union wurde 1849 gegründet, ihr traten 24 deutsche Fürsten bei. Da diese auf die kleindeutsche Lösung unter preußischer Führung hinauslief, brachte Österreich sie im Zusammenspiel mit Russland zum Scheitern: Preußen musste im **Vertrag von Olmütz** (29. 11. 1850) auf die Unionspläne verzichten und in den Bundestag zurückkehren, in dem Österreich die Führungsrolle innehatte.

Bismarcks Strategie

Die folgende außenpolitische Entwicklung bis zur Reichsgründung 1871 wurde maßgeblich durch die Zielsetzung und die überlegene politische Strategie Bismarcks bestimmt: Als preußischer Patriot wollte Bismarck die kleinste der europäischen Mächte mithilfe eines von Preußen dominierten kleindeutschen Reichs zu einer gleichwertigen europäischen Großmacht ausbauen. Dazu musste er Österreich als Führungsmacht des Deutschen Bundes ausschalten und die süddeutschen Staaten für sich gewinnen.

Bismarck konnte dabei mit der nationalen Begeisterung des liberalen Bürgertums rechnen und so den inneren preußischen Konflikt zwischen Königtum und Landtag durch die Einigungspolitik auf die Außenpolitik verlagern (und letztlich gewinnen).

Deutsch-Dänischer Krieg (1864)

Bismarck spielte die nationale Karte das erste Mal im Krieg gegen Dänemark 1864 aus: Schleswig und Holstein waren seit 1460 mit dem Königreich Dänemark in Personalunion vereint. Aufgrund unterschiedlichen Erbrechts schien sich vor der Revolution 1848/49 die Loslösung des überwiegend deutschsprachigen Schleswig-Holsteins anzubahnen. Darüber kam es zu einem Krieg zwischen Dänemark und Preußen, das aber aufgrund einer englisch-russischen Interventionsdrohung den Kampf abbrechen musste. 1850 und 1852 einigten sich die fünf europäischen Großmächte auf die zwei sogenannten **Londoner Protokolle**. Dort garantierte der dänische König Österreich und Preußen die Selbstständigkeit und Zusammengehörigkeit der beiden Herzogtümer.

1863 verleibte sich Dänemark dennoch Schleswig ein, dessen nördlicher Teil von Dänen bewohnt war und das im Gegensatz zu Holstein nicht zum Deutschen Bund gehörte. Darauf forderte die national denkende öffentliche Meinung Deutschlands die gewaltsame Loslösung beider Länder von Dänemark und ihren Anschluss an den Deutschen Bund. Dänemark lehnte die Forderung ab, die vertraglich verbotene Einverleibung Schleswigs rückgängig zu machen. Es verlor deshalb die Unterstützung der neutralen Großmächte und wurde 1864 von Österreich und Preußen durch einen Feldzug zur Abtretung der beiden Herzogtümer gezwungen (Frieden von Wien, 30. 10. 1864).

Der deutsche Krieg (1866)

Nach dem Sieg kam es zwischen Österreich und Preußen zu Meinungsverschiedenheiten über die **Zukunft Schleswig-Holsteins**. Bismarck wollte die beiden Herzogtümer in einen preußischen Satellitenstaat, Österreich in ein souveränes Mitglied des Deutschen Bundes umwandeln. Man einigte sich schließlich 1865

(**Gasteiner Abkommen**) auf eine provisorische Verwaltungsteilung: Österreich erhielt Holstein, Preußen Schleswig.

Nach schweren Spannungen zwischen den Mächten wegen des Status der Provinzen legte Österreich die Entscheidung über die Zukunft Schleswigs und Holsteins unter Nichtbeachtung des Gasteiner Abkommens in die Hand des Deutschen Bundestags. Preußen sah dies als Provokation und besetzte einen Teil des von Österreich verwalteten Holsteins (Juni 1866). Wegen dieses Gewaltaktes erreichte Österreich im Deutschen Bundestag die Mobilmachung gegen Preußen. Preußen seinerseits erklärte die Bundesakte für „gebrochen“ und damit den Deutschen Bund für „erloschen“ und griff Österreich und seine Verbündeten an. Bereits nach zwölf Tagen entschied die **Schlacht bei Königgrätz** (3. 7. 1866) in Böhmen den Krieg zugunsten Preußens.

Bismarck setzte in der preußischen Führung den Verzicht auf die Annexion österreichischer Territorien durch, dafür stimmte Österreich der Auflösung des Deutschen Bundes, der Annexion von Hannover, Kurhessen, Nassau, Schleswig-Holstein und Frankfurt durch Preußen und der Gründung eines **Norddeutschen Bundes unter preußischer Führung** (1867) zu.

Der Norddeutsche Bund



Damit schied Österreich aus Deutschland aus und orientierte sich außenpolitisch fortan nach Südosten. Preußen wurde ein mächtiger geschlossener Länderblock von Saarbrücken bis zur Memel. Die internationale Unabhängigkeit Bayerns, Württembergs und Badens musste Bismarck auf Verlangen Frankreichs aber anerkennen.

Der Deutsch-Französische Krieg (1870/71)

Der französische Kaiser Napoleon III. wurde nach 1860 durch eine starke liberale und republikanische Opposition bedrängt und versuchte, seine Herrschaft durch außenpolitische Erfolge zu stabilisieren. 1866 hatte er deshalb Bismarck die Neutralität Frankreichs gegen erhoffte territoriale Kompensationen an seiner Ostgrenze zugesagt. Nach dem preußischen Sieg verweigerte Bismarck Frankreich, das u. a. an der bayerischen Rheinpfalz interessiert war, aber territoriale Gewinne. Die süddeutschen Staaten konnte Bismarck in dieser Situation zum Abschluss eines Defensivbündnisses („**Schutz- und Trutzbündnisse**“) mit dem Norddeutschen Bund gegen Frankreich bewegen.

Bismarck forcierte nun den Konflikt mit Frankreich: Er unterstützte die angebotene Übernahme des spanischen Königsthrons durch Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, einer katholischen Seitenlinie der preußischen Hohenzollern. Frankreich sah darin die Gefahr einer Umklammerung durch Preußen und drohte mit Krieg. Daher veranlasste Wilhelm I. Leopold zum Verzicht, doch der französische Botschafter drängte Wilhelm I. in Bad Ems zu einer weiteren Verzichtserklärung, die dieser höflich zurückwies; in der „**Emser Depesche**“ (13. 7. 1870) berichtete er Bismarck über die Aufdringlichkeit des französischen Botschafters. Bismarck veröffentlichte die Depesche in verkürzter, Napoleon III. bloßstellender Form, woraufhin Frankreich Preußen den Krieg erklärte (19. 7. 1870). Der Norddeutsche Bund und die süddeutschen Staaten traten auf Preußens Seite, Frankreich aber fand bei den anderen europäischen Großmächten keine Verbündeten. Bereits nach sechs Wochen musste Napoleon III. mit einem Großteil seiner Truppen in Sedan kapitulieren (2. 9. 1870). Eine republikanisch-französische Regierung versuchte vergeblich, den Krieg fortzusetzen.

Im Frieden von Frankfurt (Mai 1871) verpflichtete sich Frankreich zur Zahlung von fünf Milliarden Goldfrancs Kriegsentschädigung und trat Elsass-Lothringen ab, dessen vorwiegend deutschsprachige Bevölkerung 200 Jahre lang in den französischen Staat eingegliedert gewesen war. Für Deutschland war die Abtretung der Grenzländer die Krönung der nationalen Einigung und die Umkehr der Geschichte seit dem 17. Jahrhundert, für Frankreich eine Frage der nationalen Identität. Damit war ein **Konfliktpotenzial** geschaffen, das das deutsch-französische Verhältnis in der Zukunft massiv belastete.

Gründung des Kaiserreichs

In der nationalen Begeisterung über den militärischen Erfolg gelang es Bismarck, die süddeutschen Fürsten für die Gründung eines Deutschen Reichs unter preußischer Führung zu gewinnen. Am 18. Januar 1871 wurde die Reichsgründung in einem feierlichen Staatsakt im Spiegelsaal des Versailler Schlosses vollzogen.

Aufgabe 11 Skizzieren Sie die Entwicklung Preußens zur deutschen Vormacht vom Beginn der 1850er-Jahre bis 1871.

Aufgabe 12 Interpretieren Sie die Karikatur vor ihrem historisch-politischen Hintergrund.
(material-gestützt) **M 1:** Karikatur aus dem „Kladderadatsch“, 1868



Anmerkung: Das Wolkengebilde am linken oberen Bildrand trägt die Züge Napoleons III. von Frankreich.

b) Gründe für das Scheitern der Revolution:

- Spaltung der revolutionären Bewegung in radikale Demokraten (linke Michelhälfte) und Gemäßigte in Bezug auf die grundlegende Zielsetzung: Republik oder Monarchie? sowie die Wahl der Mittel: Revolutionäre Gewalt oder Friedfertigkeit um jeden Preis? Die Spaltung zwischen Republikanern und Monarchisten bremste zwar den revolutionären Elan der Paulskirche, doch war man letztlich in der Lage, Kompromisse zu finden.
- geografische Zersplitterung: in der Karikatur als Spaltung zwischen Norden und Süden dargestellt; Fehlen eines Zentrums, vom dem die Revolution ausging; Kommunikations- und Koordinationsprobleme der Aktionen

Weitere Gründe für das Scheitern der Revolution:

- Das frühzeitige Ausscheiden der Bauern als der größten Bevölkerungsgruppe, die ihre Ziele bereits im Frühjahr 1848 erreicht sah.
- Der weitgehende Ausschluss der weiblichen Bevölkerung aus der Revolution, die trotz starken Interesses maximal als Zuhörer toleriert wurde.
- Die Überforderung der Paulskirche und der Revolution insgesamt, die nicht nur die Freiheit der Bevölkerung (Menschenrechte, Bürgerrechte, Staatsform) zu gestalten hatte, sondern auch die Frage nach der Einheit, d. h. die nach den zukünftigen Grenzen Deutschlands, beantworten musste.
- Ein Gelingen der Revolution wäre mit großer Wahrscheinlichkeit von den Nachbarstaaten nicht akzeptiert worden: England fürchtete um das Mächtegleichgewicht in Europa; Frankreich wollte eine als nationale Einheit konstituierte Macht verhindern; Russland befürchtete ein Übergreifen der Revolution auf das eigene Land.

Das Kaiserreich

Aufgabe 11 Stationen des Aufstiegs Preußens zur deutschen Führungsmacht:

- weiterbestehender Dualismus Preußens und Österreichs nach 1849
- Überwindung des „Heereskonflikts“ durch den neu berufenen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck (seit September 1862) und dessen „Lückentheorie“ (legitimes eigenständiges Handeln der Regierung ohne Zustimmung des Landtags bei Verfassungslücken)
- Ausspielen der nationalen Karte durch Bismarck gegenüber der bürgerlichen Öffentlichkeit in Preußen und Deutschland
- Handels- und Zollverträge Preußens (und des Dt. Zollvereins) mit Frankreich und England (Freihandelszone des „Cobden-Vertrags“): wirtschaftlicher Aufschwung Preußens zum Industriestaat und wirtschaftliche Führungsmacht des Zollvereins

- 1864 gemeinsam mit Österreich Krieg gegen Dänemark um den Status Schleswig-Holsteins: Aufteilung der Verwaltung Schleswig und Holsteins zwischen Preußen und Österreich
- 1866 erfolgreicher Krieg Preußens gegen Österreich und andere Staaten des Deutschen Bundes (u. a. Bayern); Annexion aller deutschen Gebiete nördlich der Mainlinie (Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt); Gründung des Norddeutschen Bundes (mit Sachsen und Hessen-Darmstadt) unter der Führung Preußens (Verfassung von 1867); Auflösung des Deutschen Bundes
- 1866 Schutz- und Trutzbündnisse der süddeutschen Staaten mit Preußen wegen möglicher Gebietsforderungen Frankreichs
- 1866 Beilegung des „Heereskonflikts“ in Preußen durch die Indemnitätsvorlage (nachträgliche Billigung des verfassungswidrigen Vorgehens Bismarcks); Zusammenarbeit der neu gegründeten Nationalliberalen Partei mit Bismarck
- 1870/71 von Bismarck initiiertes Deutsch-Französischer Krieg zusammen mit den süddeutschen Staaten; schneller Sieg, Annexion Elsass-Lothringens; Ausrufung des Deutschen Reiches 1871 in Versailles (erweiterte Verfassung des Norddeutschen Bundes als Reichsverfassung von 1871)
- Preußen als Führungsmacht des Deutschen Reiches unter Wilhelm I. als Deutscher Kaiser und Bismarck als Reichskanzler

Aufgabe 12 Inhalte der Karikatur und ihre historischen Zusammenhänge:

- Bismarck als dominierende Figur im Bildzentrum, der eine mit „Zollverein“ beschriftete Brücke über den Main legt: Ausdehnung des Führungsanspruchs in Deutschland nach 1866 durch Preußen bzw. dessen politisch mächtigen Ministerpräsidenten; Rolle des Zollvereins (seit 1834) als wirtschaftliches Band der Deutschen
- Festung mit der Aufschrift „Nord Bund“ im rechten Hintergrund: Verweis auf die zwangsweise Etablierung des „Norddeutschen Bundes“ durch Preußen als erweiterte Machtbasis Preußens nach 1866
- drei Personen als Verkörperung der süddeutschen Staaten im linken Bildhintergrund, Haus mit der Aufschrift „Süd Bund“, Alpen als Gebirgszug in Süddeutschland: Rolle der süddeutschen Staaten als abwartendes, eher schwaches „Opfer“ der preußischen Expansion (Haus des angedachten, aber nicht realisierten „Süd Bunds“ im Vergleich zur Festung „Nord Bund“)
- Frankreichs Kaiser Napoleon III. als bedrohliche Wolke über den Süddeutschen Staaten: französischer Anspruch auf territoriale Gewinne in Süddeutschland (links des Rheins) nach dem Preußisch-Österreichischen Krieg 1866 (als erwartete Belohnung für das Stillhalten Frankreichs)

Bildunterschrift:

- Absicht Bismarcks, mit dem Zollverein eine Brücke über die Main-Linie zu den süddeutschen Staaten zu ziehen, wird von diesen als Bedrohung gesehen
- Beschwichtigung der süddeutschen Länder durch Bismarck
- Warnung vor Frankreich, Hilfsangebot bei französischer Expansion

Bildtext:

Bismarck als der die Regenwürmer (süddeutsche Staaten) verspeisende Hahn:
Verweis auf die aggressive Komponente der preußischen Expansion

Aussage der Karikatur:

- zutreffende Bewertung der Situation in Deutschland um 1868: Dominanz Preußens; Werben um eine enge Einbindung der süddeutschen Staaten in den preußischen Hegemonieverbund; Frankreich als aggressiver Faktor von außen, der Preußen in die Hände spielt; wirtschaftliche Einigung Deutschlands (Zollverein) als Triebkraft des nationalen Zusammenschlusses
- eventuell kritischer (vielleicht auch bewundernder) Blick auf den Strategen Bismarck (sichtbar in der Bildbeschriftung), der als Hahn die Regenwürmer (süddeutsche Staaten) fressen wird

Aufgabe 13 Dominante Position des Deutschen Kaisers in der Reichsverfassung von 1871:

- konstitutionelle Erb-Monarchie
- Ernennung und Entlassung von Reichskanzler und Regierungsmitgliedern
- alleinige Verantwortlichkeit für die Außenpolitik und die völkerrechtliche Vertretung des Deutschen Reiches
- Recht der vorzeitigen Parlamentsauflösung mit anschließenden Neuwahlen als wichtiges Druckmittel, um eigene Gesetze im Parlament durchzusetzen.
- Oberbefehl über die Armee
- großer Einfluss im Bundesrat als König von Preußen (Vetomöglichkeit)

Aufgabe 14 Mächtige Stellung des Reichspräsidenten in der Weimarer Verfassung:

- direkte Wahl durch das Volk für 7 Jahre
- Ernennung von Reichskanzler und Reichsminister
- Oberbefehl über die Reichswehr
- Recht der Reichstagsauflösung (für höchstens 60 Tage, Art. 25)
- Notverordnungsrecht (Art. 48): Ausnahmerecht, Außerkraftsetzen von Grundrechten; Möglichkeit zu „Präsidialkabinetten“ („Präsidialdiktatur“)



**MEHR
ERFAHREN**

ABITUR-TRAINING

Geschichte 2

STARK

Inhalt

Vorwort

Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg	1
1 Kriegs- und Friedensziele der Alliierten	2
1.1 Atlantikcharta und Casablanca-Formel	2
1.2 Von Teheran nach Jalta: Die alliierten Kriegskonferenzen	4
2 Die bedingungslose Kapitulation	9
3 Deutschland in der „Stunde null“	12
3.1 Die Lage der Bevölkerung	12
3.2 Flucht und Vertreibung	14
3.3 Die Nürnberger Prozesse und die „Entnazifizierung“	17
3.4 Die (Neu-)Gründung von Parteien und erste Wahlen	19
4 Deutschland unter alliierter Besatzung	26
4.1 Die alliierten Deutschlandplanungen	27
4.2 Die alliierten Besatzungsbehörden	30
4.3 Die Einführung des föderalistischen Systems – Bildung deutscher Länder	32
4.4 Von der Koalition zur Konfrontation	42
5 Der Weg zur Gründung der beiden deutschen Staaten	51
5.1 Das „Vereinigte Wirtschaftsgebiet“ – die Bizone	52
5.2 Von der Bizone zur Trizone	54
5.3 „Doppelte Währungsreform“ und Berlin-Blockade	56
5.4 Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland	61
5.5 Die Gründung der DDR	63
Die bipolare Welt nach 1945	69
1 Von der Allianz gegen Hitler zum Kalten Krieg	70
1.1 Von der „unnatürlichen Koalition“ zu ersten Konflikten	70
1.2 Die deutsche Teilung	74
1.3 Der Koreakrieg	75
2 Der Kalte Krieg	76
2.1 Der ideologische Konflikt	77
2.2 Theorien über die Entstehung des Kalten Krieges	79
2.3 Strategien im Kalten Krieg – NATO und Warschauer Pakt	80
2.4 Berlin und Kuba – „Kraftproben ohne Sieger“	86

2.5	Das Zeitalter der Entspannungspolitik	90
2.6	Die Rückkehr zur Konfrontation	94
2.7	Die Vereinten Nationen in der bipolaren Welt	96
3	Das Ende des Kalten Kriegs	103

Die Bundesrepublik Deutschland 107

1	Die Bundesrepublik Deutschland – ein „gewolltes Provisorium“	108
1.1	Das Grundgesetz	108
1.2	Der Staat als Provisorium	111
2	Die Ära Adenauer (1949–1963)	115
2.1	Die Westintegration	117
2.2	Die Rückgewinnung der Souveränität	122
2.3	Die innere Entwicklung	128
3	Von der Regierung Erhard zur sozialliberalen Koalition (1963–1982)	135
3.1	Kanzlerschaft Ludwig Erhards	136
3.2	Die Große Koalition (1966–1969)	138
3.3	Die sozialliberale Koalition (1969–1982).....	141
4	Die christlich-liberale Koalition (1982–1989)	150
4.1	Innenpolitische Entwicklung	150
4.2	Wirtschaftliche Entwicklung	152
4.3	Ostpolitik im Zeichen dauerhafter Koexistenz	153

Die Deutsche Demokratische Republik 159

1	Der zweite deutsche Staat – die DDR	160
1.1	Die erste Verfassung der DDR	160
1.2	Erste Wahlen zur Volkskammer	161
2	Die Ära Ulbricht	163
2.1	Die Bildung des „Ministeriums für Staatssicherheit“	163
2.2	Die SED wird Staatspartei	163
2.3	Aufbau des Sozialismus	165
2.4	Der 17. Juni 1953	167
2.5	Die Kollektivierung der Landwirtschaft	168
2.6	Aufstieg der DDR zum zweitstärksten Industriestaat des Ostblocks und Folgen	169
2.7	Der Bau der Berliner Mauer	171
2.8	Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht	173
2.9	Gesellschaftliche Entwicklung	173

3	Die Ära Honecker	175
3.1	Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik und ihre Folgen	175
3.2	Souveränität der DDR und Ostintegration	176
3.3	Systemkrise, Dissidenten, Opposition	177
	Der Umbruch in der DDR und die Wiedervereinigung	183
1	Der Umbruch in der DDR 1989/90	184
1.1	Auswirkungen des sowjetischen Reformkurses	184
1.2	Friedliche Revolution und Fall der Mauer	185
2	Der Weg zur Wiedervereinigung	188
	Der Europa-Gedanke und die europäische Einigung	197
1	Etappen der europäischen Einigung bis 1989	198
1.1	Die europäische Idee in der Nachkriegszeit	198
1.2	EWG und EURATOM	203
1.3	Die EG – attraktiv und ungeliebt	204
1.4	Die Entwicklung der Institutionen	206
2	Die Entwicklung seit 1990	208
2.1	Die EU – das „gemeinsame europäische Haus“?	208
2.2	Der Integrationsprozess seit Maastricht	211
2.3	Die Osterweiterung	215
2.4	Bilanz	221
3	Europa in den Zeiten der Pax Americana?	228
	Wendepunkte des 20. Jahrhunderts	237
1	Was ist ein historischer Wendepunkt	238
2	Mögliche Wendepunkte oder „Epochenjahre“	240
2.1	1917 – der Auftritt der Flügelmächte	241
2.2	1941 – das kurze Zwischenspiel der „unnatürlichen Allianz“	244
2.3	1945 – die Spaltung der Welt	246
2.4	1962 – ein Schritt zurück vom Abgrund	247
2.5	1989 – Beginn einer „neuen Weltordnung“?	249
	Lösungen	255
	Stichwortverzeichnis	277
	Bildnachweis	283

Autoren: Dr. Hans-Karl Biedert, Wolf-Rüdiger Größl, Harald Müller

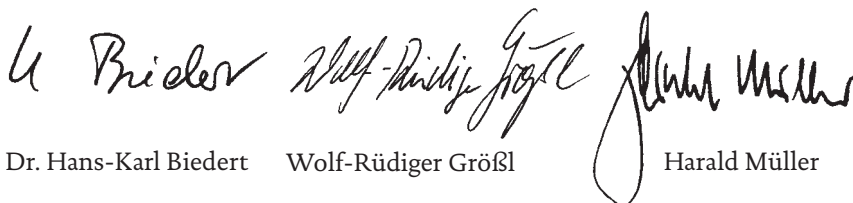
Vorwort

Liebe Schülerinnen und Schüler,

der vorliegende Band Geschichte 2 ermöglicht Ihnen eine gezielte und effektive Vorbereitung auf alle Prüfungen im Fach Geschichte. Von Ihnen wird immer mehr das Erkennen von Problemen und Zusammenhängen sowie eine fundierte Beurteilung verlangt. Selbstständiges Erarbeiten des Stoffes erhält stärkeres Gewicht. Damit ist die Eigenverantwortung der Schülerinnen und Schüler deutlich gestärkt. Es ist immer mehr Aufgabe jedes Einzelnen, sich selbstständig und eigenverantwortlich auf den Unterricht sowie auf bevorstehende Klausuren und das Abitur vorzubereiten. Dabei hilft Ihnen dieses Buch.

- Die Kapitel enthalten das in der Abiturprüfung vorausgesetzte **Basiswissen an Fakten** in zusammenhängender und strukturierter Form. Einstiegsbilder zu jedem Kapitel ermöglichen eine inhaltliche Annäherung vor der ersten Lektüre und erleichtern den Einstieg.
- Die Kapitel sind klar strukturiert und übersichtlich gegliedert. Damit werden nicht nur die Zusammenhänge deutlich, sondern auch die zur reflektierten Bearbeitung notwendigen Bewertungen der historischen Prozesse.
- **Zeittafeln** und ein **Stichwortverzeichnis** ermöglichen Ihnen einen schnellen Überblick und den sicheren Zugriff auf relevante Informationen.
- Zusammenfassende **Schaubilder** erleichtern das Lernen und bieten Ansätze für eigene **Präsentationen** von geschichtlichen Zusammenhängen.
- Mit den vielfältigen **Übungsaufgaben** am Ende jedes Kapitels und **materialgestützten Aufgaben im Stil des Abiturs** können Sie das Gelernte selbstständig anwenden und überprüfen.
- Der umfassende **Lösungsteil** am Ende des Bandes gibt Ihnen schließlich die Möglichkeit, Ihren Wissensstand schnell und einfach zu überprüfen.

Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei der Arbeit mit diesem Buch!



Dr. Hans-Karl Biedert

Wolf-Rüdiger Größl

Harald Müller

1 Von der Allianz gegen Hitler zum Kalten Krieg

22. 6. 1941	Einmarsch deutscher Truppen in der Sowjetunion
14. 8. 1941	Britisch-amerikanische Atlantik-Charta
7. 12. 1941	Angriff Japans auf den US-Militärstützpunkt Pearl Harbor auf Hawaii
1.–22. 7. 1944	Konferenz von Bretton Woods
22. 7. 1944	Gründung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF)
4.–11. 2. 1945	Konferenz von Jalta
12. 5. 1945	Telegramm Churchills an Truman: Bezeichnung der Abschottung des Ostblocks gegenüber dem Westen als „Eiserner Vorhang“
24. 6. 1945	Verabschiedung der Charta der Vereinten Nationen in San Francisco
17. 7.– 2. 8. 1945	Konferenz von Potsdam (2. 8.: Potsdamer „Abkommen“)
30. 9. 1947	Gründung des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform)
15. 8. 1948	Teilung Koreas durch USA (Südkorea) und Sowjetunion (Nordkorea)
25. 1. 1949	Gründung des osteuropäischen Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW oder COMECON)
25. 6. 1950	Beginn des Koreakriegs

1.1 Von der „unnatürlichen Koalition“ zu den ersten Konflikten

Ost-West-Zusammenarbeit im Zweiten Weltkrieg

Die **Sowjetunion** und die **USA** traten 1941 in den Krieg gegen Deutschland und seine Verbündeten Japan und Italien ein. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion im Sommer und der Angriff Japans auf die US-Flotte in Pearl Harbor im Dezember desselben Jahres zwangen die beiden Mächte in eine **„unnatürliche Koalition“**. Die scheinbar einzige Existenzberechtigung der Anti-Hitler-Koalition war der gemeinsame Feind. Die gesellschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen der beiden Mächte waren so verschieden, wie sie nur sein konnten.

Schon kurz nach dem Zustandekommen des Zweckbündnisses gegen Hitler tauchten Differenzen auf, da die USA den Aufbau einer zweiten Front gegen Hitler, die die russische Kriegführung entlastet hätte, immer wieder hinauszögerten. Die Sowjetunion unterstellte den USA, Russland im Kampf gegen die Deutschen verbluten zu lassen.

Häufig wird der Begriff **Kalter Krieg** als Synonym zu **Ost-West-Konflikt** gebraucht. Der Konflikt zwischen Ost und West ist aber viel älter als der Kalte Krieg. Er wurzelt im 19. Jahrhundert und wurde vom französischen Philoso-

phen und Politiker Alexis de Tocqueville bereits 1835 als ideologischer Gegensatz zwischen demokratischem Prinzip auf der einen Seite und monarchischem bzw. despotischem Prinzip auf der anderen beschrieben. Nach dem Sieg der Bolschewiki 1917 verschärfte sich dieser Gegensatz noch, schließlich beteiligten sich die USA auch am Umsturzversuch der antibolschewistischen „weißen“ Truppen, die 1918 in Russland intervenierten. Erst 1933 entschied Präsident F. D. Roosevelt, offizielle diplomatische Beziehungen zu Moskau aufzunehmen. Amerikanischer **Antikommunismus** und sowjetischer **Antikapitalismus**, beide mit weltweitem Anspruch, schienen nicht viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu eröffnen. Hinzu kam, dass die USA in den 30er-Jahren im Inneren nicht nur gegen deutschfreundliche, sondern zunehmend auch gegen „kommunistische“ Bestrebungen vorgingen.

Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, wie gut die Zusammenarbeit im Krieg funktionierte, immerhin stellten die USA den Sowjets von 1941–45 Hilfen für rund 43,6 Mrd. Dollar zur Verfügung. Auf der anderen Seite trug die Sowjetunion mit über 20 Millionen Toten und großen Zerstörungen des eigenen Landes einen bedeutend größeren Anteil der gesamten Kriegslast. Stalin kam den Westmächten auch dadurch entgegen, dass er 1943 die „Kommunistische Internationale“ auflöste, die der Förderung der „Weltrevolution“ dienen sollte, und somit Konfliktpotenzial beseitigte. Dass 1947 die Nachfolgeorganisation **Kominform** gegründet wurde, kann als deutlicher Hinweis auf das Ende der Allianz und den Beginn des Kalten Kriegs verstanden werden.

Atlantik-Charta und Kriegskonferenzen

1941 unterzeichneten Roosevelt und Churchill die **Atlantik-Charta**, in der sie u. a. das Selbstbestimmungsrecht, den freien Handel, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Freiheit der Meere postulierten. Das waren die bereits 1919 durch den amerikanischen Präsidenten Wilson vertretenen Grundsätze. Erstaunlich war aber, dass auch Stalin diese auf der **Konferenz von Jalta** unterzeichnete. Überhaupt waren die Kriegskonferenzen von Teheran bis Jalta (s. S. 4–8) von weitgehendem Einverständnis der ungleichen Verbündeten geprägt. Die „Großen Drei“ (Churchill, Roosevelt und Stalin) verständigten sich über ihre Interessensphären in Europa, die Bildung einer polnischen Regierung unter Einbeziehung der Londoner Exilregierung und über die Durchführung freier Wahlen in den osteuropäischen Ländern. Roosevelts Vorstellung einer **„One World“**, in der die „Freiheit von Angst“ durch eine internationale Friedensordnung garantiert werden sollte, schien in greifbare Nähe gerückt zu sein.

Wirtschaftliche Konflikte

Auch auf wirtschaftlicher Ebene waren es die USA, die im Sommer 1944 die ersten Schritte zur Gestaltung der Nachkriegsordnung unternahmen. Sie luden zur **Konferenz von Bretton Woods** im amerikanischen Bundesstaat New Hampshire ein. Deren Beschlüsse hatten weitreichende Folgen und bestimmten im Wesentlichen die weltwirtschaftliche Zusammenarbeit bis in die 70er-Jahre. Unter anderem wurden die **Weltbank** und der **Internationale Währungsfonds (IWF)** gegründet, beides Institutionen, die stark auf die Interessen der USA ausgerichtet und von diesen auch weitgehend dominiert waren. Der Dollar wurde Leitwährung des internationalen Währungssystems und seine Golddeckung spiegelte die Tatsache wider, dass sich zwei Drittel der Welt-Goldreserven in den Händen der USA befanden. Aufgabe der Weltbank sollte es sein, bei der Finanzierung des Wiederaufbaus im kriegszerstörten Europa, später auch bei der Entwicklung in Afrika, Asien und Lateinamerika zu helfen. Der Währungsfonds sollte den internationalen Zahlungsverkehr und die Kreditvergabe gewährleisten und überwachen. Die **Sowjetunion** und ihre Satellitenstaaten traten diesen beiden Gremien nicht bei, da sie zu Recht eine Bevormundung durch die USA befürchteten. Noch 1945 beantragte die Sowjetunion in Jalta einen Wiederaufbaukredit der USA, was von den USA ignoriert wurde. Im Dezember 1945 verweigerte die Sowjetunion die Unterschrift unter die Beschlüsse von Bretton Woods. Damit führte Stalin die kommunistische Welt in die wirtschaftliche und finanzielle Isolierung. Sie baute mit dem **Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe** (RGW oder COMECON, 25. 1. 1949) eine eigene Wirtschaftsgemeinschaft mit eigenem Finanzsystem auf.

Kampf um Einflussphären

In den Jahren 1945–1948 zeigte sich in verschiedenen Regionen, dass die Interessen und Wahrnehmungen der Kriegspartner divergierten. Noch 1944 hatte man sich in Moskau auf Einflussphären in **Ost- und Südosteuropa** geeinigt. Nun sah der Westen mit Sorge, dass die Sowjetunion beziehungsweise mit ihr verbündete kommunistische Parteien und Kader in den befreiten Ländern Osteuropas vollendete Tatsachen schufen. So wurde in Polen die Londoner Exilregierung von der Macht ausgeschlossen, stattdessen kam das prosowjetische Lubliner Komitee zum Zug. Im Februar 1948 setzte sich auch in der Tschechoslowakei der Moskauer Kandidat Klement Gottwald durch. Ähnliche Entwicklungen zeigten sich überall dort, wo die Rote Armee stand. In Albanien, Bulgarien, Rumänien und Ungarn wurden „Volksdemokratien“ nach sowjetischem Muster eingerichtet. Lediglich Jugoslawien unter Ministerpräsident Tito gelang es, den sowjetischen Einfluss in Grenzen zu halten und seine Eigen-

ständigkeit zu bewahren. Die Kommunisten in Jugoslawien konnten sich als Führer der Partisanenbewegung gegen Hitlers Besatzungsmacht auf die Zustimmung der Bevölkerung stützen. Im Sommer 1946 erhielten die kommunistischen Partisanen Griechenlands Unterstützung von ihren kommunistischen Nachbarstaaten, ohne sich aber entscheidend durchsetzen zu können.

Zu Differenzen kam es auch im **Nahen und Mittleren Osten**. Die Sowjetunion weigerte sich 1945/46, die im Krieg besetzten nördlichen Provinzen Irans zu räumen und ließ hier eine sowjetfreundliche Republik Persisch-Aserbaidshans ausrufen. Nur durch starken politischen Druck der USA und die Einschaltung des UN-Sicherheitsrates konnte sie schließlich zum Rückzug bewegt werden. Im Hinblick auf die Türkei forderte die Sowjetunion eine Mitkontrolle des Bosphorus, der für die sowjetische Flotte einen wichtigen Zugang zu den Weltmeeren darstellte, und meldete Ansprüche auf Gebiete an, die früher zum Zarenreich gehört hatten, beides ohne Erfolg.



1.2 Die deutsche Teilung

Besatzungspolitik

In Deutschland regierten die Sowjets gemäß den Absprachen der **Potsdamer Konferenz** vom Juli/August 1945 (s. S. 43 ff.) gemeinsam mit den USA, Großbritannien und Frankreich als Besatzungsmacht. Jede der vier Besatzungszonen wurde von einem Befehlshaber der jeweiligen Besatzungsmacht regiert, wobei ein **Alliierter Kontrollrat** (s. S. 30 f.) die Einheitlichkeit der Besatzungspolitik herstellen und das in vier Sektoren geteilte Berlin regieren sollte. Stalin hatte die deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße eigenmächtig verteilt: Das Königsberger Gebiet ging an die Sowjetunion und der Rest wurde unter polnische Verwaltung gestellt. Es fand also eine **Westverschiebung Polens** statt, das Gebiete östlich der Curzon-Linie an Russland abtreten musste und dafür auf Kosten Deutschlands entschädigt wurde. Wider besseres Wissen wurde behauptet, in diesem Gebiet gebe es keine deutsche Bevölkerung mehr, da diese geflohen sei.

Die Frage der Reparationen spaltete die Alliierten: Die Sowjetunion wollte die Hälfte der Gesamtsumme von 20 Mrd. Dollar und außerdem sollten Reparationsforderungen durch Entnahmen aus der laufenden Produktion bedient werden. Dem stand die Befürchtung der Westalliierten gegenüber, die notwendigen Importe in ihre Zonen nicht mehr bezahlen zu können und eine hungernde deutsche Bevölkerung ernähren zu müssen.

Der Kompromiss trug maßgeblich zur späteren Teilung bei: Die Sowjetunion bekam ihre **Gebietsforderungen** unter dem Vorbehalt einer späteren friedensvertraglichen Regelung zugestanden. Dafür wurde ihr der direkte Zugriff auf die Produktion der Westzonen versperrt. Im Ergebnis bedeutete das, dass die Ostzone ein Vielfaches von den Reparationen und Demontagen ertragen musste, die den Westzonen entnommen wurden. Auf beiden Seiten begann man sich mit dem Gedanken an eine deutsche Teilung abzufinden:

Im Osten fand bereits im Herbst 1945 eine **Bodenreform** statt. Die großen landwirtschaftlichen Einheiten wurden zerschlagen und in kaum lebensfähigen Stücken von durchschnittlich 5 Hektar an Kleinbauern verteilt. Damit wurde einerseits eine ganze gesellschaftliche Elite (Junker) entmachtet, andererseits die Voraussetzung zur späteren (1952) Kollektivierung nach sowjetischem Muster geschaffen. Die Schwer- und Schlüsselindustrien wurden verstaatlicht. Die sowjetische Militäradministration förderte mit Nachdruck den **Zusammenschluss** der **SPD** mit der **KPD zur SED**. Die Volkskongress-Bewegung der SED bereitete schließlich die Staatsgründung der DDR unter Führung der SED vor, obwohl sie als „gesamtdeutsches Angebot“ immer auch die Westparteien

einlud, die sich aber daran nicht beteiligen wollten. Vermutlich hatte sich die Sowjetunion bereits 1946 von der Vorstellung einer gesamtdeutschen Lösung verabschiedet und wollte nun ihre Zone nach ihrem Gesellschaftsmodell umgestalten. Die Verantwortung für die Teilung sollte der Westen übernehmen.

1.3 Der Koreakrieg

Zu Auseinandersetzungen kam es auch über die Zukunft Koreas, das zur Konkursmasse des japanischen Kolonialreiches gehörte. Korea wurde im Norden von der Sowjetunion, im Süden von den USA befreit und vorläufig besetzt. Da man sich nicht auf gemeinsame Prinzipien für freie Wahlen in ganz Korea einigen konnte, etablierte jede der Besatzungsmächte einen Staat nach eigenem Muster bzw. Interesse. Am 15. August 1948 wurde Südkorea, wenig später der Norden selbstständiger Staat. Im **Norden** entstand so das **kommunistische Regime von Kim Il Sung**, im **Süden ein autoritäres, westlich orientiertes Präsidialsystem**. Die spannungsreiche Koexistenz wurde am 25. Juni 1950 durch den Überfall des Nordens auf den Süden beendet. Die Nordkoreaner überschritten die Demarkationslinie am 38. Breitengrad und drangen weit nach Süden vor. Die Reaktion der USA war schnell und rigoros: Mit Legitimation durch den Sicherheitsrat, der wegen eines sowjetischen Boykotts nicht durch ein Veto gelähmt werden konnte, gelang es, die Frontlinie nach Norden fast bis an die chinesische Grenze zurückzutreiben. Darauf rückten 300 000 „Freiwillige“ aus dem inzwischen kommunistischen China nach Korea ein und zwangen die Amerikaner zum Rückzug, der sich an der alten Demarkationslinie stabilisierte. Am 10. Juni 1951 wurden **Waffenstillstandsverhandlungen** aufgenommen, die erst am 27. 7. 1953 zum Abkommen von Panmunjon führten. Es legte die Grenze wieder auf den 38. Breitengrad fest, schuf eine **entmilitarisierte Zone** und setzte eine **neutrale Überwachungskommission** ein.

Aufgabe 12 Beschreiben Sie die wichtigsten Entwicklungen im Ost-West-Verhältnis zwischen 1941 und 1949.

Aufgabe 13 Beschreiben und erläutern Sie die Karte zur Expansion des sowjetischen Machtbereichs auf Seite 73.

darunter links: zertrümmerter Reichsadler mit Hakenkreuz, Hitler-Bild in zerbrochenem Rahmen, im Hintergrund rauchende Ruinen zerstörter Städte;

rechts: drei Deutsche (evtl. Vater, Mutter, Tochter), die zwei abziehenden Soldaten (der eine davon US-Amerikaner) hinterher blicken;

Behrendt zeigt, dass für unterschiedliche Personengruppen bzw. aus unterschiedlicher Perspektive betrachtet das Kriegsende am 8. Mai 1945 unterschiedliche und konträre Bewertungen erfahren hat (und erfährt).

Zur Stellungnahme: offener Erwartungshorizont

Die bipolare Welt nach 1945

Aufgabe 12 Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion und der japanische Angriff auf Pearl Harbor 1941 führen zum Kriegseintritt der Sowjetunion und der USA und damit zu einer „unnatürlichen Koalition“ dieser Großmächte; das Zweckbündnis der Anti-Hitler-Koalition kann letztlich nicht über die grundlegenden Gegensätze zwischen dem kapitalistisch-liberaldemokratischen Modell der USA und der planwirtschaftlich-kollektivistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Sowjetunion hinwegtäuschen.

Nach Kriegsende Kampf um Einflussphären, beginnende Blockbildung; in deren Folge Gründung zweier deutscher Staaten 1949; Ausbruch des Korea-Krieges 1950; siehe S. 72–75.

Aufgabe 13 Die Karte zeigt den Gebietsumfang des sowjetischen Machtbereichs nach 1945. Zur Verdeutlichung der Entwicklungen sind neben den neuen Grenzverläufen die Vorkriegsgrenzen eingezeichnet. Für Deutschland und Österreich sind die Grenzen der Besatzungszonen markiert, besonders gekennzeichnet sind zudem die Viersektorenstädte Berlin und Wien. Die als „Eiserner Vorhang“ bezeichnete Grenze des sowjetischen Machtbereichs, die zur Konfliktlinie im Kalten Krieg wurde, reicht von der Lübecker Bucht bis zur Adria. In den Ländern Ost- und Mitteleuropas (Polen, Ungarn, Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien) hatte die Sowjetunion spätestens mit Kriegsende die kommunistischen Kräfte unterstützt, für einen entsprechenden Regimewechsel gesorgt und in der Folge ein System von Satellitenstaaten errichtet (Comecon bzw. RGW; Warschauer Pakt). In Polen setzten sich die Kommunisten 1947 gegen andere politische Kräfte durch, in der Tschechoslowakei kam es 1948 zu einem Staatsstreich mit kommunistischer Machtübernahme; auch in den übrigen osteuropäischen Staaten kam es zur Bildung von Volksdemokratien; ebenso in der 1949 gegründeten Deutschen Demokratischen Republik. – Die Karte verzeich-

net für die DDR (1953), Ungarn (1956), Tschechoslowakei (1968) und Polen (1980) Aufstände gegen die kommunistischen Regime, die jeweils gewaltsam niedergeschlagen bzw. durch Ausrufen des Kriegsrechtes (Polen 1981) unterdrückt wurden.

Aufgabe 14 Für den Beginn des Kalten Krieges gibt es verschiedene Erklärungsansätze:

- traditionelle Ansicht (S. 79)
- revisionistische Theorie (S. 79 f.)
- Postrevisionisten/Realisten (S. 88)

Aufgabe 15 Truman-Doktrin; die Containment-Politik (Politik der Eindämmung) wurde seit 1947 von den USA gegenüber der UdSSR verfolgt und markiert das Auseinanderbrechen der Anti-Hitler-Koalition; Ziel dieser Politik ist die Verhinderung der Ausbreitung des kommunistischen Machtbereiches bzw. dessen Eindämmung; Marshall-Plan als Bestandteil der Containment-Politik; s. S. 77 f.

Die „Zwei-Lager-Theorie“, von dem Leningrader Parteisekretär der KPdSU Schdanow als Antwort auf die Truman-Doktrin formuliert, geht davon aus, dass sich zwei Lager unversöhnlich gegenüberstünden: das „imperialistische und antidemokratische“ unter Vorherrschaft der USA und das „antiimperialistische und demokratische“ unter Führung der Sowjetunion; s. S. 78.

Aufgabe 16 Kennzeichen der UNO während des Kalten Krieges (S. 99):

- Wirkungslosigkeit durch sowjetische Blockadepolitik (Propagandabühne)
- Machtlosigkeit des UN-Generalsekretärs

Aufgabe 17 Berlin- und Kubakrise markierten einen entscheidenden Wendepunkt im Kalten Krieg: den Beginn der Entspannungspolitik (S. 90–93). Diese Krisen hatten das Risiko der wechselseitigen nuklearen Vernichtung aufgezeigt. Sogar der Weltraum war nach dem „Sputnik-Schock“ durch den ersten russischen Satelliten (1957) mit Raumfahrtprogrammen in die jeweilige Aufrüstung einbezogen worden. Das atomare Patt beider Seiten sorgte in den 60er-Jahren für ein „Gleichgewicht des Schreckens“. Trotz ihrer Rivalität waren daher die USA und die UdSSR in den Folgejahren um Deeskalation, Entspannung („Detente“) und Kooperation bemüht.

Obwohl das gemeinsame Interesse in der Vermeidung eines Atomkriegs bestand, wäre es jedoch falsch von einer prinzipiellen Interessenharmonie zu sprechen. Vielmehr waren die Konkurrenz der Systeme und die prinzipielle Vorstellung, das jeweils andere System einmal zu beseitigen, feste Bestandteile des östlichen Konzepts der friedlichen Koexistenz sowie der westlichen Variante des Wandels durch Annäherung.



© **STARK Verlag**

www.stark-verlag.de
info@stark-verlag.de

Der Datenbestand der STARK Verlag GmbH
ist urheberrechtlich international geschützt.
Kein Teil dieser Daten darf ohne Zustimmung
des Rechteinhabers in irgendeiner Form
verwertet werden.

STARK